

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, den 03.05.2022

Sitzungsort: Salzlandkreis, Bernburg Haus 1,
Sitzungssaal (3. Obergeschoss),
Karlsplatz 37 in 06406 Bernburg (Saale)

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 18:15 Uhr

Teilnehmer:

Ausschussvorsitzende

Frau Katrin Schütze-Dittrich

Mitglieder

Herr Dr. Frank Ahrend
Herr Tim Hase
Herr Dr. Jörn Weinert
Herr Sven Hause
Herr Ralf-P. Schmidt
Herr Thomas Kloppe
Frau Kathrin Brandt

Sachkundige Einwohner

Frau Miriam Weise-Wendel
Frau Claudia Weiss
Frau Steffi Winter

von der Verwaltung nehmen teil:

Frau Andrea Schellenberger
Herr Thomas Michling
Frau Anke Meyer
Frau Petra Czuratis
Frau Josephin Rosinski
Frau Gunhild Watermann
Frau Doreen Kügler
Frau Franka Jacob
Herr Thomas Holz

nicht anwesend:

stellv. Ausschussvorsitzender

Herr Christian Jethon entschuldigt

Mitglieder

Herr Frank Schiwiek entschuldigt

Herr Jens Funk

Herr Axel Wieczorek entschuldigt

Sachkundige Einwohner

Frau Daniela Linge entschuldigt

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung des öffentlichen Teils

Frau Schütze-Dittrich eröffnet die 12. Sitzung des Sozialausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Die Ladung ist ordnungsgemäß zugestellt worden. Durch die Anwesenheit von 7 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern ist die Beschlussfähigkeit hergestellt. Die Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung wird ohne Änderungen festgestellt.

2 Einwohnerfragestunde

Einwohner sind nicht anwesend. Mit der Abarbeitung der Tagesordnung wird fortgefahren.

3 Abstimmung über die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 22.02.2022

Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 22.02.2022 werden nicht erhoben. Mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung wird diese Niederschrift bestätigt.

4 Haushaltskonsolidierungskonzept des Salzlandkreises für den Zeitraum 2022–2030 - Vorlage: B/0375/2022

Vorab schlägt die Ausschussvorsitzende vor, die Diskussion zu den TOP 4 und 5 gemeinsam zu führen und anschließend getrennt abzustimmen.

Frau Winter, Frau Weise-Wendel und Herr Hause kommen zur Sitzung hinzu. Somit sind 8 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

Frau Schellenberger stellt anfangs klar, dass der Nachtragshaushalt erstellt wurde aufgrund der Anordnung des LVwA. Unklarheiten gab es bei dem Kreisumlagehebesatz und den Auswirkungen auf die Kommunen. Zudem sind verschiedene Änderungen / Ergänzungen in den Nachtrag eingeflossen. Nach einem erneutem Abwägungsprozess wird nunmehr ein Kreisumlagehebesatz in Höhe von 44,95 % vorgeschlagen. 16 von 21 Kommunen hätten somit keinen ausgeglichenen Haushalt. Im Haushaltsausschuss wurde ein Änderungsantrag diskutiert und

beschlossen. Dem entsprechend soll der Hebesatz von 43,5 % beibehalten werden, um die Situation in den Kommunen nicht weiter zu verschärfen. Gleichmaßen würde sich der Kreishaushalt mit einem Minus von ca. 8,7 Mio EUR darstellen.

Herr Schmidt kritisiert die schlechte Lesbarkeit der Dokumente dahingehend, dass keine Aussagen bzw. Hinweise zu fachspezifischen Änderungen erkennbar sind. Er vertritt die Auffassung, dass die Diskussion im Sozialausschuss nicht nur zur Kreisumlage erfolgen soll und kann, sondern inhaltlich mehr fachspezifisch. Dies hat er in der Vergangenheit bereits mehrfach angemahnt. Dennoch unterstützt er den Änderungsantrag vom Ansinnen her.

Frau Schellenberger gibt Herrn Schmidt insofern Recht, dass diese Ausführungen, wie sie in der Haushaltsplanung in den Fachausschüssen getätigt werden, beim Nachtragshaushalt zu kurz gekommen sind. Im Konsolidierungskonzept wurde das Zahlenmaterial an den Nachtragshaushalt angepasst; es sind keine neuen Maßnahmen eingefügt worden. Für die Vorbereitung des Haushaltsjahres 2023 wird eine Klausurtagung mit dem Haushaltsausschuss durchgeführt, so dass ausschussbezogene Aussagen in gewohnter Form vorgetragen werden.

Beim Nachtragshaushalt sind geringfügige Änderungen vorgenommen, erklärt Frau Jacob. Kostenanpassungen waren nötig im Teilplan 4. Die Erträge vom Land zur Kindertagesstättenpauschalen sind geringer, es erfolgte eine Kürzung für Hilfen zur Erziehung um 200 TEUR durch Einsparungen, bei der Schulsozialarbeit fallen voraussichtlich Stellen weg, die Energiepreissteigerung in den Schulgebäuden wurden angepasst und dringende Baumaßnahmen an zwei Schulen eingeplant.

Frau Meyer ergänzt, dass geringere Fallzahlen bei den unbegleiteten minderjährigen Ausländern zur Kürzung der Hilfen für Erziehung führt.

Herr Hause bittet um Berücksichtigung des im Haushaltsausschuss beschlossenen Änderungsantrages, da dieser Einfluss auf beide Vorlagen hat.

Frau Schellenberger regt an, die Abstimmung zuerst zum TOP 5 vorzunehmen, dann erst zum TOP 4, da sich die Änderungen auf den TOP 4 auswirken. Damit erklären sich die Ausschussmitglieder einverstanden.

Frau Schütze-Dittrich bittet um Abstimmung.

Beschluss Nr. B/0375/2022/4

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag beschließt die anliegenden geänderten Anlagen zum Haushaltskonsolidierungskonzept des Salzlandkreises für den Zeitraum 2022 – 2030.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	0
Entspricht:	mehrheitlich beschlossen

5 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan des Salzlandkreises für das Haushaltsjahr 2022 - Vorlage: B/0366/2022

- Diskussion siehe TOP 4 –

Frau Schütze-Dittrich bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag aus dem Haushaltsausschuss:

„Der Kreistag beschließt die anliegende 1. Nachtragshaushaltssatzung des Salzlandkreises für das Haushaltsjahr 2022, deren Teil der 1. Nachtragshaushaltsplan ist, unter der Maßgabe eines unveränderten Umlagesatzes der Kreisumlage i. H. v. 43,5 %.

Die Anlage „1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan des Salzlandkreises für das Haushaltsjahr 2022“ ist Bestandteil des Beschlusses.

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die mit diesem Beschluss verbundenen Änderungen der 1. Nachtragshaushaltssatzung, des 1. Nachtragshaushaltsplanes und des Haushaltskonsolidierungskonzeptes redaktionell vorzunehmen.“

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0
	einstimmig beschlossen

Die Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag:

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	0
Entspricht:	mehrheitlich beschlossen

6 Jahresbericht 2021 des Jobcenters Salzlandkreis - Vorlage: M/0141/2022

Herr Hause lobt ausdrücklich die Leistung der Mitarbeiter*innen des Jobcenters, insbesondere in der schwierigen Zeit während der Corona-Pandemie.

Dem schließt sich die Ausschussvorsitzende im Namen des Ausschusses gern an.

Diskussionsbedarf zu diesem TOP wird nicht angezeigt. Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

7 Jahresbericht des ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten des Salzlandkreises für das Jahr 2021 - Vorlage: M/0140/2022

Herr Schmidt bemängelt, dass Herr Sielmon nicht zur Sitzung anwesend ist. Er hofft, dass Herr Sielmon zu einer Ausschusssitzung anwesend sein wird, da es seiner Auffassung nach viele Diskussionspunkte gibt.

Die Mitarbeiterin des Kreistagsbüros bittet um Nachsehen. Herr Sielmon hat sich aufgrund einer kurzfristig anberaumten Dienstreise seines Arbeitgebers für die heutige Sitzung entschuldigt.

Die Ausschussvorsitzende bittet die Verwaltung, diesen TOP erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufzunehmen und Herrn Sielmon entsprechend zu informieren.

8 Sozialdatensammlung des Salzlandkreises - Aktualisierungsstand 2022 Vorlage: M/0142/2022

Frau Meyer macht kurze Ausführungen ergänzend zur umfangreichen Vorlage.

Die Mitteilungsvorlage wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

9 Gemeinschaftsschule "Hermann Kasten" Staßfurt: Stand der Sanierungsarbeiten Schulzentrum "Nord" - Vorlage: M/0148/2022

Für Herrn Schmidt ist nicht verständlich, weshalb die Stadt Staßfurt die zwischenzeitlich verdoppelten Baukosten allein tragen soll. Es stellt sich die Frage, ob dies im Sinne der „kommunalen Familie“ sein kann. Er hofft, dass die Baumaßnahmen zügig voranschreiten und die Schule für die Schüler*innen bald wieder zur Verfügung steht.

Frau Meyer informiert, dass gemäß Projektdurchführungsvertrag der vom Kreistag beschlossene Höchstbetrag der Mitfinanzierung durch den Salzlandkreis bereits komplett an die Stadt Staßfurt ausgezahlt wurde.

10 Gemeinschaftsprojekt zwischen dem Salzlandkreis und der Stadt Calbe (Saale) zur Sanierung des Altbaus des Gymnasiums "Friedrich Schiller" in Calbe (Saale) Vorlage: M/0149/2022

Frau Meyer dankt an dieser Stelle der Stadt Calbe (Saale), dass eine Möglichkeit gefunden wurde, Fördermittel zu beantragen. Bereits 2016 hatte der Landkreis vergeblich über die ELER-Förderung versucht, Fördermittel zu beantragen.

Diskussionsbedarf wird nicht angezeigt. Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

11 Kultursommer 2021 des Salzlandkreises - Vorlage: M/0143/2022

Frau Czuratits berichtet kurz, dass die finanziellen Mittel für den Kultursommer ordnungsgemäß ausgegeben worden sind. In allen vier Mittelzentren ist der Kultursommer durchgeführt worden. Das Prüfergebnis der Kulturstiftung des Bundes steht noch aus.

Im Namen des Ausschusses dankt Frau Schütze-Dittrich für den Mut der Verwaltung, dieses Projekt trotz der Pandemiezeit durchzuführen. Die Angebote wurden sehr gut angenommen.

12 2. Bauabschnitt Salzlandmuseum Schönebeck (Elbe) **Vorlage: M/0144/2022**

Frau Czuratis berichtet, dass der 1. Bauabschnitt der Sanierung abgeschlossen ist. Dank der Förderung des Landes Sachsen-Anhalt kann ab Herbst mit dem 2. Bauabschnitt fortgefahren werden, der momentan in der Planung ist. Für 2023 ist der Abschluss avisiert.

Diskussionsbedarf wird nicht angezeigt.

13 Sachstand Ringheiligtum Pömmelte - Vorlage: M/0147/2022

Nach Fertigstellung des Rohbaus werden derzeit die Fenster und Türen eingebaut, erläutert Frau Czuratis. In der nächsten Woche soll mit dem Innenausbau begonnen werden. Pandemiebedingt ist mit Lieferengpässen zu rechnen.

14 Informationen aus der Verwaltung

Frau Meyer schildert den Stand der ukrainischen Geflüchteten. Per 02.05.2022 hielten sich 486 schulpflichtige Kinder sowie 226 KITA-Kinder im SLK auf. An dieser Stelle dankt die Fachbereichsleiterin den Schulleitern, Oberbürgermeistern und Bürgermeistern. Für den Landkreis und vor allem für die Schulen stehen vor einer großen Herausforderung, insbesondere vor dem Hintergrund, dass ukrainisch sprechende Lehrer*innen nicht vorhanden sind. Zudem steht kein zusätzliches Personal in den Schulen für die bereits aufgenommenen Kinder zur Verfügung.

Frau Weise-Wendel berichtet von ihren insgesamt recht positiven Erfahrungen im Bereich Aschersleben. Probleme treten mit der Integration in die 10. und 11. Klasse auf.

Herr Hause meint, dass alle vor großen Herausforderungen für die Zugangsklassen stehen. So sind die Kinder z. B. nicht geimpft, die Kinderärzte sind insbesondere durch die Sprachbarriere überfordert. Hier bedarf es dringend einer Lösung zum leichteren Umgang für die Aufnahme in die Schulen.

Herr Michling führt aus, dass in Aschersleben drei Ärzte als Honorarärzte Untersuchungen für die Schul- und KITA-Tauglichkeit anbieten. Formblätter bzw. ein Leitfaden wurde in deutscher und ukrainischer Sprache erstellt; diese werden allen Verbands- und Einheitsgemeinden sowie den Ärzten zur Verfügung gestellt. Die Kassenärztliche Vereinigung hat alle Ärzte aufgefordert, diese Untersuchungen durchzuführen. Geklärt werden muss dafür noch die Abrechnungsmöglichkeit.

Herr Hause bittet um kurze Ausführungen zum Rechtskreiswechsel ab 01.06.2022 auf das Jobcenter.

Herr Michling erklärt, dass es einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Leistungsbezuges für ukrainische Geflüchtete gibt. Derzeit hat die Übergangsverordnung Gültigkeit. Dementsprechend muss dieser Personenkreis sich bis 23.05.2022 nicht beim Amt melden, um Leistungen zu beantragen. Nunmehr sollen diese Geflüchtete nicht mehr Asylbewerberleistungen erhalten, sondern Leistungen nach dem SGB II. Ab 01.06.2022 sollen die Personen eine Aufenthaltserlaubnis im Sinne des Aufnahmegesetzes oder eine Fiktionsbescheinigung erhalten und Leistungen nach SGB II oder SGB XII beziehen können. Voraussetzung ist, dass jeweils vor

dem 1. des Monats diese Erlaubnis erteilt ist. Derzeit ist die Verwaltung bemüht, allen Geflüchteten den Aufenthaltstitel zu erteilen. Momentan halten sich mit Stand von heute 1.918 Personen im SLK auf.

Herr Holz ergänzt, dass konkrete Planungen zur Vorgehensweise des Jobcenters in den Verbands- und Einheitsgemeinden kurzfristig vorgestellt werden.

Herr Dr. Weinert verlässt um 18:05 Uhr die Sitzung. Somit sind 7 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

Herr Hause möchte wissen, ob es im SLK konkrete Übergangsregelungen gibt, so dass es gewährleistet ist, dass der Personenkreis ab 01.06.2022 Leistungen erhält.

Frau Schütze-Dittrich regt an, z. B. „pauschale Geldzahlungen“ zu tätigen.

Herr Michling und Herr Holz versichern, dass die Verwaltung nach bestem Wissen und nach Kräften bemüht ist, schnellstmöglich zu agieren, um den Geflüchteten die finanziellen Leistungen auszuzahlen. Eine Übergangsregelung gibt es nicht.

Herr Michling berichtet kurz über die Schuleingangsuntersuchungen im Salzlandkreis. Für das Schuljahr 2023/24 müssen ca. 1.500 Kinder untersucht werden. Mit heutigem Datum sind ca. 1.200 Kinder untersucht. Mit Hilfe von weiteren Ärzten auf Honorarbasis sollen die verbleibenden Kinder untersucht werden.

Frau Czuratis schildert, dass sich erstmals die Steuerungsgruppe am 06.05.2022 in Vorbereitung der Landesliterartage treffen wird. Eine Richtlinie ist veröffentlicht worden, die Antragstellung muss bis zum Sommer erfolgen.

15 Anfragen und Anregungen

Anfragen werden im öffentlichen Teil der Sitzung nicht gestellt.

16 Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der öffentliche Teil der Sitzung wird geschlossen. Zur Herstellung der Nichtöffentlichkeit wird die Sitzung kurz unterbrochen.

gez. Katrin Schütze-Dittrich
Ausschussvorsitzende

gez.
Schriftführerin